



Olga Gajda

Zuwanderung aus den Ländern Mittel- und Osteuropas und die EU-Osterweiterung - Chance oder Risiko?

Kontakt:
olgagajda@yahoo.com

Erschienen in

Dirk Hofmann/Thomas Lämmer
Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union
Göttingen 2002

ISBN 3-00-010008-3

Kontakt:
thomas_laemmer@freenet.de
dirk.hofmann@stud.uni-goettingen.de

Zuwanderung aus den Ländern Mittel- und Osteuropas und die EU-Osterweiterung – Chance oder Risiko?

Einführung

Das Problem der Migration kann auf verschiedenen Ebenen untersucht werden: auf einer sozialen, politischen, kulturellen, geschichtlichen oder auf einer wirtschaftlichen Ebene. Überdies kann es kurz-, mittel oder langfristig betrachtet werden. Darüber hinaus können wir eine Migration hochqualifizierter von einer Migration weniger qualifizierter Arbeitnehmer unterscheiden. Und auch das Verständnis von Einwanderung unterscheidet sich – das auf dem europäischen Kontinent von dem in den Vereinigten Staaten als einem typischen Einwanderungsland, wo die Migration von Experten gefördert wird.

In dieser Arbeit möchte ich mich mit dem Problem der Migration im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung auseinandersetzen und mich dabei auf die wirtschaftlichen Konsequenzen konzentrieren. Es wird hauptsächlich die Migration aus den mittel- und osteuropäischen Ländern analysiert, die im Zuge der Osterweiterung zu erwarten ist. Zunächst wird der Einwanderungsbedarf in der Europäischen Union dargestellt. Danach werden verschiedene Schätzungen des Migrationspotentials aus den Kandidatenländern nebeneinander gestellt und verglichen. Drittens möchte ich die wirtschaftlichen Folgen der Migration in den gegenwärtigen EU-Mitgliedsstaaten präsentieren. Es werden dabei die Probleme der deutschen Wirtschaft besonders betont, da Deutschland das größte Migrationsempfängerland im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung sein soll. Abschließend werden die Ergebnisse in einem Schlusswort zusammengefasst und bewertet.

Zuwanderungsbedarf

Gibt es in Europa überhaupt Bedarf an Zuwanderung? Populistische Aussagen von Politikern, Diskriminierung und Übergangsfristen geben eher eine positive Antwort auf diese Frage. Zwar gab es schon in den 1960er Jahren, als die Migration vor der Tür stand, gewisse Ängste, Zuwanderer besetzten die Arbeitsplätze einheimischer Arbeiter und trügen dadurch zu einer höheren Arbeitslosigkeit in den Migrationsempfängerländern bei. Doch waren die europäischen Staaten, zerstört und schwach nach dem Zweiten Weltkrieg, von einem solchen Mangel an gering qualifizierten Arbeitern gekennzeichnet, dass sie ihre Arbeitsmärkte öffnen und Migration zulassen mussten. Deutschland hat ein System von Gastarbeitsplätzen entwickelt, dessen Ziel es war, Arbeiter aus dem Mittelmeerraum anzulocken, um der Arbeitskräftenachfrage nachzukommen. Junge Männer (ohne ihre Familien) sollten aus den südeuropäischen Staaten, der Türkei und aus Jugoslawien einwandern und in wenig qualifizierten, schlecht bezahlten Wirtschaftsbranchen (vor allem im Bau- und Dienstleistungssektor) eingestellt werden. Sie sollten ihr Einkommen hauptsächlich sparen und später in ihren Ländern investieren, um das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Als relativ reiche Leute sollten sie zu ihren Familien zurückkehren – denn man hatte eine temporäre Migration angenommen. Tatsächlich aber gab es nichts permanenteres als die „temporäre“ Migration. Die Gastarbeiter sind nicht nur länger geblieben, sondern in vielen Fällen deutsche Staatsbürger geworden (Straubhaar 2000: 8-9).

Die demographische Lage in Westeuropa hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Verschiedene Faktoren wie Frauengleichberechtigung, die Förderung einer höheren Frauquote in vielen Berufen, die Veränderung der Lebenskultur, die gestiegene Bedeutung der beruflichen Selbstverwirklichung der Menschen haben unter anderem dazu beigetragen, dass die Priorität der Familie durch eine Priorität der Karriere ersetzt wurde und die Geburtenraten zurückgegangen sind. Darüber hinaus hat sich durch den medizinischen Fortschritt

die allgemeine Lebensdauer der Menschen deutlich erhöht. So hat sich auch die Altersstruktur der europäischen Gesellschaften dahingehend verändert, dass die Bevölkerung immer älter geworden ist. Die Zahl der 15-64-Jährigen ist gesunken, das durchschnittliche Altersniveau in Firmen und Unternehmen hingegen gestiegen. Ein weiterer Faktor in diesem Zusammenhang bildet die Entwicklung des Sozialstaates. Durch verschiedene soziale Privilegien ist die Arbeitszeit kürzer und der westeuropäische Arbeitnehmer insgesamt teurer geworden. Die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften hat sich verbessert, was den Preis der Arbeit noch weiter nach oben getrieben hat. Überdies wurde es immer einfacher, Sozialhilfe zu beziehen, und das Verhältnis zwischen Sozialhilfe und dem niedrigsten Gehalt ist fast 1:1 geworden. So bestand für viele Menschen oft kein Anreiz mehr, eine Arbeit aufzunehmen, da die Existenz mit der staatlichen Hilfe gesichert war. Unter anderem dadurch hat sich auch die Arbeitslosenzahl auf hohem Niveau stabilisiert, und der Anteil der langfristig Arbeitslosen ist gestiegen.

In Tabelle 1 wird die demographische Lage in der EU 1999 dargestellt. Die Bevölkerungszahl in einem Land wird durch zwei Faktoren bestimmt: das natürliche Bevölkerungswachstum und die Netto-Migration. Die Differenz zwischen Geburts- und Sterberaten ergibt das natürliche Bevölkerungswachstum. In den meisten europäischen Ländern beläuft sich dieser Parameter auf -1% bis +1%. Es gibt nur wenige Ausnahmen wie Irland (ca. 6%), Luxemburg, die Niederlande (ca. 4%) und Frankreich (ca. 3%). Die deutsche Bevölkerung geht hingegen zurück (um 0,9%). In einer ähnlichen Situation befinden sich Schweden (-0,7%), Italien (-0,6%) oder Griechenland (-0,1%). In Österreich und Spanien beläuft sich das natürliche Bevölkerungswachstum auf null. Mit der Netto-Migration erreichen die europäischen Länder ein Bevölkerungswachstum bis auf nur wenige (schon erwähnte) Ausnahmen in Höhe von 1-3% (Fertig/Schmidt 2002: 3).

In einem Bericht der Vereinten Nationen über die demographische Situation in Deutschland wurde eine tiefere Analyse der Migrationsbewegungen durchgeführt (Der Spiegel 02.01.2001).

Land	Geburtsrate	Sterberate	Natürliches Bevölkerungswachstum	Netto-Migration**	Bevölkerungswachstum
EU-15	10,7	9,9	0,7	1,9	2,6
Belgien	11,2	10,3	0,9	1,6	2,5
Dänemark	12,4	11,1	1,3	1,8	3,1
Deutschland	9,3	10,3	-0,9	2,5	1,6
Finnland	11,1	9,6	1,6	0,7	2,3
Frankreich	12,6	9,2	3,4	0,8	4,3
Griechenland	9,7	9,8	-0,1	2,4	2,3
Großbritannien	11,8	10,6	1,2	2,7	3,9
Irland	14,2	8,4	5,8	4,9	10,7
Italien	9,3	9,9	-0,6	1,8	1,2
Luxemburg	12,9	8,8	4,1	10,9	15,0
Niederlande	12,7	8,9	3,8	2,8	6,6
Österreich	9,7	9,7	0,0	1,1	1,1
Portugal	11,5	10,8	0,7	1,1	1,8
Schweden	10,0	10,7	-0,7	1,5	0,8
Spanien	9,5	9,3	0,2	1,0	1,2

Tabelle 1: Demographische Lage* in der Europäischen Union

*Bevölkerungsbewegungen 1999 per 1,000 Einwohner, **in die und aus der EU

Quelle: Eurostat (2000) nach Fertig/Schmidt 2002: 3

In dieser Analyse wurde die Frage gestellt: „Was passiert mit der Beschäftigung in Deutschland, wenn bis zum Jahr 2050 keine (bzw. eine bestimmte) Zuwanderung nach Deutschland stattfinden würde?“. Die Ergebnisse werden in Tabelle 2 dargestellt.

In der Analyse wurden drei Faktoren betont – Bevölkerungszahl, Zahl der Personen im erwerbstätigen Alter (15-64-Jährige) und Altersquotient (Relation der 15-64-Jährigen zur Bevölkerung über 65 Jahre). Es wurde eine Simulation durchgeführt, wie sich diese Parameter bei einer bestimmten Migrationsmenge ändern. Als Ausgangspunkt wurden Angaben von 1995 genommen, als die Bevölkerung in Deutschland 81,7 Millionen, die Anzahl der Personen im erwerbstätigen Alter 55,8 Millionen und der Altersquotient 4,4:1 betrug.

Ohne Zuwanderung würde sich im Jahre 2050 die Bevölkerungszahl in Deutschland um 28% verringern, wobei sich der Altersquotient auf nur 1,8 belaufen würde. Eine mäßige Zuwanderung von 200.000 bis 240.000 Arbeitern pro Jahr würde die Bevölkerung in Deutschland auf einem Niveau von 73,3 Millionen halten, was einen Rückgang von 10% bedeuten würde. Mit 324.000 Migranten pro Jahr könnte Deutschland nach Angaben von Vereinten Nationen seine Bevölkerung bis zum Jahr 2050 stabil halten. Es würde sich dennoch der Altersquotient im Vergleich zu 1995 halbieren. Sollte die Bundesrepublik die Zahl der Erwerbstätigen stabil halten, müsste bis zum 2050 eine jährliche Migration von 458.000 Menschen zugelassen werden. Die Bevölkerung würde zwar um 13% steigen, aber der Altersquotient betrüge in dem Fall nur noch 2,4. Wenn man den Altersquotienten aufrechterhalten möchte, müsste die jährliche Migration nach Deutschland 3,4 Mio. betragen, was völlig unrealistisch ist (Der Spiegel 01.02.2002).

Die eingeführten Freiheiten des Binnenmarktes haben die EU auf ein höheres Integrationsniveau gebracht, wobei eines der Ziele darin bestand, das Problem des Arbeitskräftemangels zu beseitigen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit hat sich jedoch als

1995					
Bevölkerung			81,7 Mio.		
Personen im erwerbstätigen Alter (15-64-Jährige)			55,8 Mio.		
Altersquotient (Relation der 15-64-Jährigen zur Bevölkerung über 65 Jahre)			4,4:1		
WAS WÄRE, WENN DEUTSCHLAND BIS ZUM JAHR 2050...	... keine Zuwanderung hätte?	... eine mäßige Zuwanderung hätte?	... die Bevölkerungszahl stabil halten wollte?	... die Zahl der 15-64-Jährigen stabil halten wollte?	... den Altersquotienten stabil halten wollte?
Netto Zuwanderung pro Jahr bis 2050	Keine	200 000 bis 240 000	324 000	458 000	3,4 Mio.
Bevölkerung im Jahr 2050	58,8 Mio.	73,3 Mio.	81,7 Mio.	82 Mio.	299 Mio.
Zu- bzw. Abnahme gegenüber 1995 in Prozent	-28%↓	-10%↓	Keine	+13%↑	+266%↑
Altersquotient 2050	1,8	2,1	2,3	2,4	4,4

Tabelle 2: Was wäre, wenn Deutschland bis zum Jahr 2050 keine Zuwanderung hätte?

Quelle: Spiegel Online 01.02.2001, (bearbeitet)

relativ uneffektiv erwiesen. Während die Einführung der Kapital-, Waren- und Dienstleistungsfreizügigkeit signifikante Wirkungen gezeigt hat, erwiesen sich die Menschen in der EU als eher wanderungsavers und sesshaft, und das Problem ist ungelöst geblieben. Die Erleichterungen haben nur weniger als 2% der EU-Bevölkerung dazu gebracht, ihren Wohnsitz zu wechseln (Straubhaar 2002: 17).

Es gibt drei Lösungen, wie man bei einem gegebenen demographischen Trend die wirtschaftliche Situation im Bereich der Arbeitskräfte verbessern kann: Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Steigerung der Teilnahmequote¹ oder „Einfuhr“ fremder Arbeitnehmer, also Migration. Die ersten beiden Möglichkeiten können im gegenwärtigen Europa sehr schnell ausgeschlossen werden, und der Mangel an Arbeitskräften zwingt die westeuropäischen Politiker, im Ausland nach Arbeitnehmern zu suchen. Nach dem Bericht der Vereinten Nationen müsse sich deswegen der deutsche Bundestag in den nächsten 5 Jahren jährlich um 400.000 Migranten bewerben. Der spanische Premierminister brauche 1 Millionen Menschen, und in Frankreich könnten zusätzlich 1,5 Millionen Menschen beschäftigt werden. Italien, Irland und die skandinavischen Länder würden dagegen gerne 200.000-300.000 Einwanderer pro Jahr aufnehmen. Der Bericht der Vereinten Nationen sagt voraus, dass die EU insgesamt 80 Millionen Menschen aufnehmen müsse, wenn sie das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern aufrecht erhalten wolle (Urbanowicz 2001: 76).

Europa altert doppelt so schnell wie die Vereinigten Staaten. Im Jahr 2050 wird ein Viertel der britischen Bevölkerung über 65 Jahre alt sein. Die Niederlande haben schon die EU-Übergangsfristen im Bereich Personenfreizügigkeit ignoriert und laden Ausländer mit geringer Qualifikation ein, die in Holland die Mehrheit der Arbeitskräfte in den Tulpenplantagen ausmachen. Dies zeigt, dass wir heutzutage mit einer Globalisierung der Arbeitskräftebewegungen konfrontiert sind (Urbanowicz 2001: 77).

Migrationspotential

Die Prognosen für die zu erwartende Migration nach der EU-Osterweiterung unterscheiden sich je nachdem, welche Methodologie und Annahmen angewendet werden². Tabelle 3 stellt die Ergebnisse der verschiedenen Studien dar.

	MIGRANTEN ALS MOBIL - II		MIGRANTEN ALS MOBIL - I ¹	
	Insgesamt	Jährlich (alle ersten 10 J.)	Insgesamt	Jährlich (alle ersten 10 J.)
BRÜCKER (DIE) UND BOERI (2000) (Nur Arbeitnehmer)	800 000 (nach 10 J.)	70 000 abnehmend auf 30 000	1 400 000	120 000 abnehmend auf 50 000
BRÜCKER (DIE) UND BOERI (2000) (Alle Migranten)	1 800 000 (nach 10 J.)	200 000 abnehmend auf 85 000	2 800 000 (nach 10 J.)	335 000 abnehmend auf 145 000
SINN (FCI) ET AL. (2001) ²	2 700 000 (nach 15 J.)	240 000 abnehmend auf 125 000	4 200 000 (nach 15 J.)	380 000 abnehmend auf 200 000
WALTERSBERGEN (WFO) UND DIETZ (1998) ³ (Oliva-Pendler)		190 000 abnehmend auf 110 000		
BAUER UND ZIMMERMANN (ZK) (1999) ⁴	2 500 000 (nach 15 J.)			200 000
FASSMAN UND HINTERMANN (1997) ⁵	720 000 (langfristige Migration)			
HILLE UND STRAUBHAAR (2000)				270 000 bis 780 000
SALT ET AL. (1998) ⁶	2 250 000 (7% der EU Bevölkerung) (nach 15 J.)	140 000		
BRÜCKER (2001) ⁷			8 000 000 (nach 15 J.)	480 000 abnehmend auf 0

Tabelle 3: Schätzungen des Zuwanderungspotentials in die EU-15 aus den Mittel- und Osteuropäischen Ländern, Personenfreizügigkeit angenommen

Quelle: Europäische Kommission 2001: 34

Die oben gegebenen Schätzungen unterscheiden sich wesentlich voneinander. Die erwartete Migration aus zehn mittel-osteuropäischen Ländern sollte sich im Durchschnitt auf nur ca. 0,1% der EU-Bevölkerung belaufen³. Sinn et al. (2001) haben das Potential aus drei Visegrad-Staaten⁴ eingeschätzt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass aus diesen Ländern eine Quote von 240.000 Migranten (abnehmend auf 125.000) zu erwarten ist. Die höchste Migrationprognose kommt von Hille und Straubhaar (2000); ihr Szenario sagt vorher, dass sich die jähr-

liche Migrationsmenge aus Mittel- und Osteuropa zunächst auf 270.000 Menschen belaufen, dann aber bis auf 790.000 steigen wird. Brücker und Boeri sprechen in einer Studie der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2000 von 335.000 Menschen pro Jahr – unter der Annahme, dass eine Erweiterung um zehn mittel- und osteuropäische Länder stattfindet. Und durchschnittlich stimmen die anderen Prognosen dem Ergebnis zu. Die Studie von Boeri und Brücker (2000) sieht eine Arbeitermigration in Höhe von 70.000 bzw. 120.000 Arbeitnehmern vorher, je nachdem ob eine Erweiterung um acht oder zehn Länder angenommen wird.

Ungefähr 75% der Migranten sollen von Deutschland aufgenommen werden (ca. 45.000 Arbeiter pro Jahr aus Mittel- und Osteuropa in den ersten Jahren). Der zweitgrößte Einwanderungsempfänger wäre Österreich mit 8.000 Arbeitern pro Jahr (Europäische Kommission 2001: 9). Prozentual beträgt aber der Anteil von Arbeitskräften aus Mittel- und Osteuropa an der gesamten Erwerbstätigenzahl der EU nicht viel. Boeri und Brücker zufolge machten 1995 Arbeiter aus Mittel- und Osteuropa in Österreich 1,1%, in Deutschland 0,5% und in Schweden 0,2% aus, in allen anderen EU-Ländern sind die Anteile noch geringer (siehe Abbildung 1) (Boeri/Brücker 2000: 53). Andererseits ist der Anteil der aus der ganzen Welt (und nicht EU-Ländern) stammenden Ausländer an der Gesamtbevölkerung der europäischen Länder wesentlich höher. Beispielsweise beläuft sich diese Zahl in Deutschland, Belgien und Österreich auf 10%⁵.

Die Migration aus Mittel- und Osteuropa soll (nach der Simulation von Boeri und Brücker) regelmäßig abnehmen und im Jahre 2030 das Null-Niveau erreichen (siehe Abbildung 2). Bis zum Jahr 2030 soll die Gesamtzahl der Migranten aus Mittel- und Osteuropa in der EU 4 Millionen betragen. Das impliziert, dass der Anteil der Mittel- und Osteuropäer an der gesamten EU-Bevölkerung von 0,2% (1998) bis auf 1,1% zunimmt⁶.

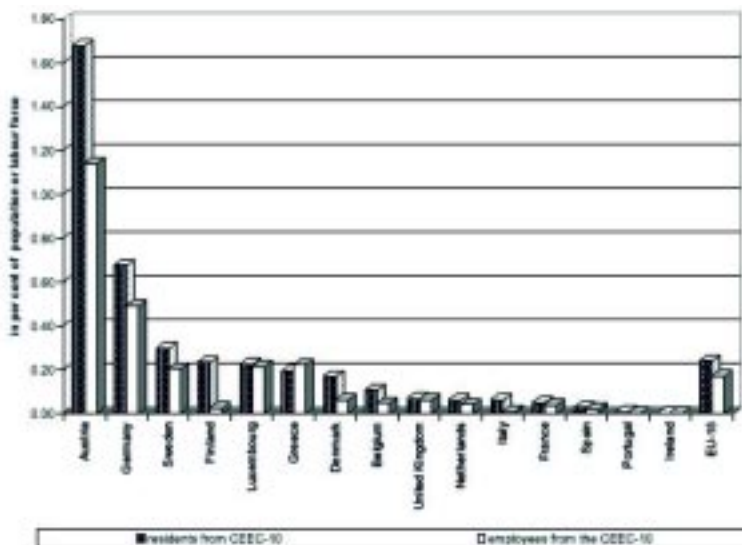


Abbildung 1: MOEL-Ausländerbeteiligung und MOEL-Arbeiterbeteiligung an der gesamten Bevölkerungszahl sowie Erwerbstätigenzahl

Quelle: EUROSTAT, nationale Quellen, Boeri und Brücker 2000: 53

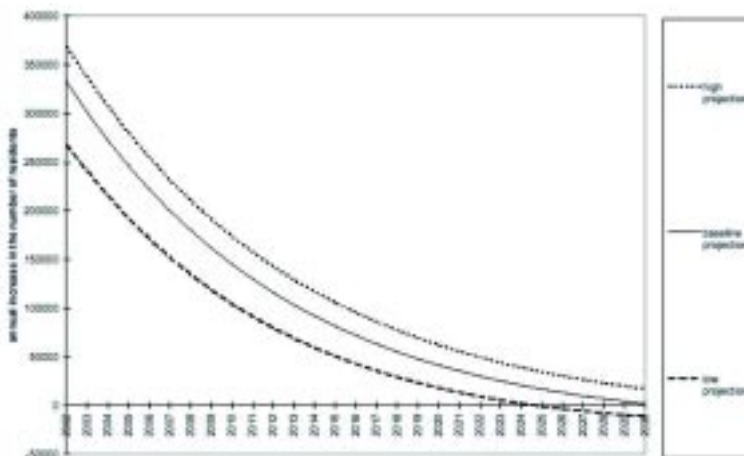


Abbildung 2: Jährliches MOEL-Bevölkerungswachstum in der EU in Jahren 2002-2030

*diese Simulation basiert auf der Annahme, dass die Verteilung der Migranten durch die EU-Staaten 2002-2030 der aus dem Jahr 1998 folgen wird. Quelle: Boeri und Brücker 2000: 128

Die demographische Lage in den mittel- und osteuropäischen Ländern ist vergleichsweise günstig. Die Arbeitnehmer sind im Durchschnitt wesentlich jünger als diejenigen in der EU sowie die Ausländer, die in den EU-Mitgliedsstaaten leben. Fast 70% der Beschäftigten in MOEL sind 25-44 Jahre alt; dieselbe Altersgruppe macht in der EU hingegen nur 55% aus (Boeri/Brücker 2000: 57).

Zuwanderungseffekte

Die Migration kann unterschiedliche Folgen auf verschiedenen Ebenen haben. Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Migration sind sehr komplex und können verschieden beurteilt werden. Wir erachten beispielsweise die Migration von Unternehmen, die Steigerung der Produktivität oder die Finanzierung der Pensionsversicherung als positiv für eine Wirtschaft, da auf diese Art und Weise zum Beispiel die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zunimmt. Negativ für Arbeitnehmer wäre dagegen die Verminderung der Lohnerhöhung. Die würde aber die Kosten der Arbeitgeber verringern. Negativ für das Staatsbudget wäre eine erhöhte fiskalische Belastung, die durch soziale Migration⁷ entsteht.

Zuwanderung soll nicht nur als saisonale Bewegung oder Migration gering qualifizierter Arbeitskräfte betrachtet werden. Es gibt auch einen wesentlichen Unterschied bezüglich der Konsequenzen der Migration, je nachdem welche Eigenschaften die Migranten haben. So unterscheiden sich die Folgen der Migration von jungen, dynamischen, hochqualifizierten Menschen von der Migration hochqualifizierter Personen, die 40-50 Jahre alt sind und bereits bestimmte Erfahrung erworben haben.

Migration besteht nicht nur aus Menschenbewegungen. Menschen können auch Einzelunternehmen sein, die in einem Ziel-land ihre geschäftlichen Aktivitäten weiter betreiben und zu der wirtschaftlichen Entwicklung der Einwanderungsregion beitragen. Wenn der Unternehmer sich durch Wettbewerbsvorteile eine Expansion leisten kann⁸, können in der Zielregion neue

Arbeitsplätze geschaffen werden (mit der Folge, dass sich die Produktion und der Handelsaustausch erhöhen). Es wächst die Kaufkraft der Einwohner und damit der Konsum und vielleicht auch die Investitionen. Auf diese Weise kann ein höheres Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Die Steigerung der Produktivität ist damit verbunden, dass ein Unternehmen durch Migranten, die ihre Leistungen billiger anbieten, Kostenvorteile erzielen kann und damit wettbewerbsfähiger ist. Es kann auch investieren und das Geschäft vergrößern. Dies kann der Fall mit billigen, gering qualifizierten Arbeitskräften sowie mit hochqualifizierten Arbeitskräften sein. Bei den hochqualifizierten Arbeitnehmern kommt zudem noch der Aspekt des erworbenen Mehrwertes in Betracht. Die gut ausgebildeten, flexiblen Migranten können durch ihre Eigenschaften der Firma, für die sie arbeiten, in dem Sinne helfen, dass das Unternehmen neue Produkte oder Dienstleistungen anbieten kann, die früher entweder aufgrund des Mangels an bestimmten qualifizierten Arbeitern oder wegen der Höhe des von einheimischen Arbeitskräften verlangten Gehalts unmöglich waren.

Ein großes Problem bildet in der letzten Zeit der Mangel an Experten (hauptsächlich im IT-Sektor, aber auch in der Metall- und Elektronik-Branche, im Handwerk wie im Gesundheitswesen). Diese Situation wird sich in der Zukunft voraussichtlich noch verschlechtern. Außerdem wird in Gewerben wie dem Gaststättensektor der Bedarf an Arbeitskräften weiter steigen. Im Jahr 2000 hat die Anzahl der ausgeschriebenen Stellen, die nicht besetzt werden konnten, die Marke von 0,5 Millionen überschritten, davon 460.000 in den alten Bundesländern. Überdies wird geschätzt, dass nur jede dritte Stelle gemeldet wird (Institut der Deutschen Wirtschaft zit. nach Dresdner Bank: 2001: 56). In Bezug auf Deutschland würde dies eine Zahl von 1,5 Millionen offenen Stellen bedeuten. Mittel- und langfristig wird erwartet, dass sich diese Zahl aufgrund der demographischen Lage noch erhöhen wird (Dresdner Bank 2001: 56). Der Mangel an Experten verhindert manchmal ein effektives Funktionie-

ren der Unternehmen oder führt zu Absagen zuvor zugesagter Lieferungen oder Verlängerungen der verabredeten Auslieferungszeiten (Dresdner Bank 2001: 57).

Eine Alternative zur Migration stellt das sogenannte *Outsourcing* dar. Wenn nämlich das Arbeitskräftepotential im Land ausgeschöpft und gleichzeitig die Migration Einschränkungen unterworfen ist, kann dies dazu führen, dass Unternehmen ihre Produktion ganz oder teilweise in ein Land verlagern müssen, in dem die Arbeitskosten niedriger bzw. Arbeitskräfte mit den nötigen Qualifikationen verfügbar sind. So verliert die Region im Land nicht nur das Unternehmen, sondern auch seine Steuereinnahmen und den Produktionsbeitrag; Arbeiter, die bisher im Unternehmen gearbeitet haben, müssen zudem entlassen werden.

Die gegenwärtige demographische Lage in Europa (siehe Tabelle 2) hat auch Folgen für die Finanzierung der Rentenversicherung. Aufgrund des sich verringernden Altersquotienten entsteht die Gefahr, dass die Renten in Zukunft nicht mehr finanziert werden können. Die Renten der heutigen Beschäftigten werden nämlich auf der Grundlage dessen ausgezahlt, was ihre Kinder erwirtschaften. Wenn sich die Anzahl der „Kinder“ oder zukünftigen Beschäftigten dann halbiert, können bei den Pensionsauszahlungen Engpässe entstehen, die das gesamte Funktionieren des Rentenversicherungssystems gefährden können.

Migration, besonders die Migration geringer qualifizierter Arbeitnehmer, kann aber auch andere Konsequenzen haben. Dazu gehört beispielweise die Verminderung der Lohnerhöhung. In jeder Analyse, in der es darum geht, Vor- und Nachteile zu erfassen, muss man die Zielgruppe bestimmen. So entsteht hier den Menschen ein Schaden, die in denselben Bereichen arbeiten wie Migranten und die durch die Kostenvorteile der Migranten die angestrebte Lohnerhöhung nicht mehr verlangen können. So werden auch die Gewerkschaften schwächer und die Löhne und Gehälter können nicht wie früher regelmäßig erhöht wer-

den oder zumindest nicht in demselben Maß. Andererseits bedeutet aber die Verminderung der Lohnerhöhung für die Konsumenten, also alle Menschen in dem bestimmten Land, geringere Kosten und geringere Preise. So ist auch die Kaufkraft größer und der Wohlstand erhöht sich und alle Konsumenten sind Gewinner in diesem Prozess.

Der bereits erwähnten Studie von Boeri und Brücker (2000) zufolge ist der Einfluss der im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung erwarteten Migration sehr gering: So würde eine durch Migration hervorgerufene 1-prozentige Zunahme der österreichischen Bevölkerung die dortigen Durchschnittslöhne um 0,25% senken, und in Deutschland um 0,6% (Boeri/Brücker 2000: IX-X).

Es kann aber auch passieren, dass Migranten in die EU kommen, die nicht in erster Linie für relativ geringe Löhne zu arbeiten möchten, sondern deren Ziel eher darin besteht, das Sozialsystem des Ziellandes auszunutzen. In diesem Fall wird die Produktivität nicht wie oben gezeigt steigen, und positive Wohlfandseffekte werden sich nicht einstellen. Vielmehr entstehen Verluste, da trotz ausbleibender Arbeitsleistungen Staatshilfen an die Migranten gezahlt werden, auf die die Migranten Anspruch haben.

Schlussfolgerungen

Die Globalisierung betrifft heutzutage nicht nur den Handel oder Kapitalbewegungen, auch die Arbeitsmärkte unterliegen diesem Trend. Effektiv wirtschaften oder expandieren kann man innerhalb eines Unternehmens, aber auch innerhalb eines Landes. Die meisten Unternehmer haben diese Problemlage wahrgenommen. Manche Politiker hingegen noch nicht und nutzen den Mangel an Ausbildung der Menschen aus, um mit xenophobischen und populistischen Argumenten Wahlkämpfe zu gewinnen. Ökonomen dagegen versuchen, ihre wissenschaftliche Theorien der Gesellschaft mitzuteilen und sprechen von Migrationskosten, Migrationsvorteilen, usw.

Die Welt bewegt sich aber schnell nach vorne, ohne zu warten, ob wir dafür Verständnis haben oder nicht. Die Globalisierung der Arbeitsmärkte geschieht von alleine, und Migration gehört dazu. Aufgrund der demographischen Lage in Westeuropa kann man diese Menschenbewegungen nur fördern, um das Rentensystem zu retten und um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen aufrechtzuerhalten, ja sogar zu erhöhen. Das Problem der Zukunft scheint aber nicht eine zu große Migration in die Länder der EU zu sein, sondern vielmehr das nicht ausreichende Potential in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie der mangelnde Wille, in die EU einzuwandern. Man braucht für neue Migration eine neue Europäische Migrationspolitik. Diese aber wird nie geschaffen werden, wenn sich die Einstellung der westeuropäischen Gesellschaften zur Migration nicht ändert. Individuell können diese Einstellung alle Europäer mitgestalten.

Anmerkungen

¹ Anteil der Beschäftigten an der gesamten Bevölkerung.

² Viele Modelle basieren darauf, dass die bisherigen Trends in die Zukunft extrapoliert werden sollen. Solche Modelle sind jedoch meistens aufgrund der langfristigen Prognosen des Wirtschaftswachstums in der EU sowie in den Kandidatenländern durch hohe Unwahrscheinlichkeit gekennzeichnet.

³ Angenommen, die EU-Bevölkerung macht 375 Millionen Menschen aus und die durchschnittliche Migration beträgt 335.000.

⁴ Polen, Tschechische Republik und Ungarn.

⁵ Diese Länder können als größte Empfänger gekennzeichnet werden. Die einzige Ausnahme ist Luxemburg, wo die Beteiligung der Ausländer 34% an Bevölkerung und 54% (!) an der ganzen Arbeitskraft beträgt (Fertig und Schmidt, 2002, S.5).

⁶ Der Anteil der Migranten an der EU-Bevölkerung basiert auf dem Weltbank-Szenario, Boeri und Brücker (2000), S.126.

⁷ Soziale Migration findet statt, wenn Migrationsanreize hauptsächlich aufgrund großzügiger Sozialhilfe eines Migrationsempfängerstaates entstehen.

⁸ Wettbewerbsvorteile entstehen hier zum Beispiel, wenn ein Arbeitgeber durch niedrigere Lohnkosten, niedrigere Preise bzw. höhere

Gewinne erwirtschaften kann. Mit dem gewonnenen Geld könnten Investitionen durchgeführt werden. So findet eine Expansion des Unternehmens statt.

Literatur

- Boeri und Brücker (Hrsg.), 2000: The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. Final Report, Berlin and Milan
- Der Spiegel Online 02/01/2001: EU-Osterweiterung – Angstmache aus dem Kanzleramt
- Dresdner Bank, 2001: Herausforderung EU-Erweiterung. Wachstumschancen nutzen – Reformen vorantreiben (Challenge – EU enlargement. Using the growth opportunities – carrying out reforms), Trends Spezial, Wirtschaftsanalysen, Frankfurt am Main, Mai 2001
- Europäische Kommission, 2001: The Free Movement of Workers in the Context of Enlargement, Information note, 6 March 2001
- Fertig und Schmidt, 2002: Mobility within Europe – What do we still not know?, IZA Diskussion Paper, Nr. 447, Bonn, März 29.04.2002
- HWWA, 2001: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2001, HWWA Report 211, Hamburg
- Inotai, 1998: Economy, in: Bertelsmann Foundation Research Group on European Affairs (eds.): Costs, Benefits and Chances of Eastern Enlargement for the European Union, Bertelsmann Foundation Publishers, Gütersloh
- Sinn et al., 2001: EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration. Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte, Ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, München
- Straubhaar (2000): New Migration Needs a NEMP (A New European Migration Policy), HWWA Discussion Paper, Nr. 95, Hamburg.
- Urbanowicz (2001): Łowcy r¹k (Hand-hunters), In: *Wprost*, Nr. 30, 29 July 2001